

AntragstellerIn:

RCDS I und II

Antragsinhalt:

Der Studierendenrat möge beschließen,
die eingelegte Verfassungsbeschwerde bezüglich der Festplattenbeschlagnahmung
zurückzuziehen.

Eine Rücknahme der Verfassungsbeschwerde ist zum jetzigen Zeitpunkt ohne Hindernisse und
Kosten möglich (bis zur Entscheidung durch das Bundesverfassungsgericht).

Begründung:

Angesichts der veranschlagten 25.000 Euro für Rechtskosten, fordern wir die sofortige
Rücknahme der Verfassungsbeschwerde.

Im Umgang mit den Festplatten wurden in der Vergangenheit Fehler gemacht, die letztlich zur
Beschlagnahmung der Datenträger durch die Polizei führten. Nun werden Gelder ausgegeben für
eine Beschwerde mit äußerst geringen Erfolgsaussichten.

Der maßvolle Umgang mit studentischen Mitteln muss jedoch höchste Priorität in der Arbeit der
VS haben.

Es steht natürlich außer Frage, dass es ein unbefriedigender Zustand ist, wenn die Daten von mehr
als 25.000 Studierenden im Zuge eines Ermittlungsverfahrens an Dritte gelangen. Gleichwohl sind
die Schlussfolgerungen, die gezogen werden keineswegs die richtigen.

Die Verletzung der Persönlichkeitsrechte von uns Studierenden wurde in dem Moment in Kauf
genommen, als eine Person angestellt wurde, die in einer extremistischen Szene aktiv war. Dieser
wurden die sensiblen Daten zur persönlichen Aufbewahrung anvertraut. Wieso werden die Daten
nicht in Räumen der Universität oder einem Bankschließfach aufbewahrt? Warum stellt die VS
einen extremistischen Systemadministrator ein? Wie konnte man den Hintergrund der Person nicht
gründlich prüfen oder diesen trotz Prüfung einstellen?

Anstatt gegen den entsprechenden Mitarbeiter, der nach Behördenkenntnissen mit
linksunten.indymedia.org eine verfassungs- und demokratiefeindliche Plattform mitbetrieb,
juristisch vorzugehen, wird sich im Moment nicht um das eigentliche Problem gekümmert,
sondern durch die gerichtliche Auseinandersetzung mit der Beschlagnahmung der Datenträger, ein
neues Problem geschaffen.

Das Recht der Selbstverwaltung der Studierenden ist ein hohes Gut mit dem verantwortungsvoll umgegangen werden sollte. Eine Abweisung der ursprünglichen Klage durch das OLG Berlin beeinträchtigt die studentische Selbstverwaltung nicht. Vielmehr gehen mit ihr auch Pflichten einher.

Zu den Konsequenzen gehört, dass die Festplatten, die im Übrigen ohne besondere Kennzeichnung mit den Datenträgern für die verfassungsfeindliche Plattform vermengt wurden, zwecks Ermittlungen gesichtet werden. Wären die Daten in Papierform von der Polizei beim Mitarbeiter der VS aufgefunden worden, hätte man diese vollständig gesichtet, um deren Relevanz für das Verfahren festzustellen.

Durch die Anmerkung in der Urteilsbegründung des OVG Berlin wird deutlich für wie wenig stichhaltig es die Argumente der Kläger hält.

Die Art und Weise, wie auf die vorgebrachten Punkte der Kläger eingegangen wird, offenbart, dass es scheinbar keine unklaren Punkte gibt. Der Verweis auf andere Rechtsprechungen zeigt zudem, dass es sich keineswegs um einen völlig neuen Präzedenzfall handelt, wo mit gutem Gewissen verschiedene Rechtsauffassungen vertreten werden könnten.

Die generellen Aussichten auf den Erfolg einer Verfassungsbeschwerde sind mit zwei Prozent (Amtliche Statistik des Verfassungsgerichtes

https://www.bundesverfassungsgericht.de/DE/Verfahren/Jahresstatistiken/2017/gb2017/A-IV-2.pdf;jsessionid=5455915244D370F16368312E387973FE.2_cid383?_blob=publicationFile&v=2
27. Januar 2019) zudem äußerst gering.

Aufgrund der aktuellen Erfolgsaussichten und den Erfahrungen aus den gerichtlichen Vorinstanzen sprechen wir uns für eine Rücknahme der Verfassungsbeschwerde aus.

Hinweis:

Es ist explizit erwünscht, in den Anträgen an die Studierendenvertretung genderneutrale Sprache zu verwenden (beispielsweise „Mitarbeiter*innen“ statt „Mitarbeiter“).